

1 **Ar-03**

2 **Antragsteller: UB Kleve**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Ausbeutung von LeiharbeiterInnen in Grenzkommunen**
7 **Europas verhindern**

8

9 Die SPD fordert die grundsätzliche Abschaffung der
10 Kopplung von Arbeitsvertrag und Mietvertrag. Diese
11 Kopplung aus Anwerbung von ausländischen Arbeits-
12 kräften aus Osteuropa, die Anstellung als Zeitarbeit-
13 nehmerInnen in den Niederlanden und Vermietung von
14 Wohnraum bzw. Schlafstätten in Deutschland sowie
15 Transport zur Arbeit und zurück führt zu einer nicht
16 weiter hinzunehmenden Art von Ausbeutung der Leih-
17 arbeiterInnen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit war so
18 nicht gedacht. Die von den Sozialdemokraten vorange-
19 triebene Reform der sog. Entsenderichtlinie ist ein ers-
20 ter Schritt. In Zukunft heißt es grundsätzlich in der EU
21 „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort“. Nun
22 muss dafür gesorgt werden, dass diese in Recht gegos-
23 sene Forderung auch tatsächlich umgesetzt wird. Dafür
24 fordert die SPD eine mit Weisungsbefugnissen für die
25 nationalen Arbeitsbehörden ausgestatte Europäische
26 Arbeitsbehörde, die sich insbesondere mit Fällen wie
27 denen, die im Kreis Kleve akut sind auseinandersetzen
28 kann. Die Kontrollbehörden müssen ebenfalls konse-
29 quent mit dem nötigen Personal ausgestattet werden.
30 Der Gesetzgeber wird weiterhin aufgefordert Maßnah-
31 men zu ergreifen, die auf purer Ausbeutung und Ver-
32 schlechterung der Arbeitsbedingungen für die Stamm-
33 belegschaften ausgelegten, Geschäftsmodelle zu ver-
34 bieten.

35

36 Darüber hinaus müssen die Kommunen in die Lage
37 versetzt werden, einfacher ordnungsrechtliche Schritte
38 gegen Unterbringungsabzocke einzuleiten und besser
39 kontrollieren zu können, um Missstände aufzudecken.
40 Da wo es Probleme gibt, müssen zusätzliche Mittel für
41 mehr Personal zur Kontrolle der Arbeits- und Lebensbe-
42 dingungen bereitgestellt werden.

43

44 Die SPD-Kreistagsfraktion wird gebeten, diese Proble-
45 me auch im Kreistag wie in der Vergangenheit weiter
46 zu thematisieren und den Landrat nachdrücklich aufzu-
47 fordern, die Aktivitäten der betroffenen Kommunen zu
48 koordinieren und gemeinsam mit den BürgermeisterIn-
49 nen an Land, Bund und Europa zu adressieren.

50

51

52 **Begründung**

53

54 Insbesondere im Umfeld der Beschäftigung sogenann-
55 ter Wanderarbeiter aus dem Südosten Europas ist hier
56 in den letzten Jahren ein System strukturierter Ausbeu-
57 tung mit teilweise katastrophalen Folgen für die Be-
58 schäftigten entstanden. Insbesondere die Verbindung
59 der Unterbringung mit dem Arbeitsverhältnis sorgt für

Empfehlung der Antragskommission:

**In geänderter Fassung Überweisung an die SPD-
Bundestagsfraktion**

Streiche Zeile 44-49

60 massive Abhängigkeiten. Verliert der/die Arbeitnehme-
61 rIn den Arbeitsplatz, so landet er/sie auch zeitgleich auf
62 der Straße.

63

64 In den Grenzkommunen im Kreis Kleve leben und ar-
65 beiten viele europäische LeiharbeiterInnen, die in den
66 Niederlanden bei Zeitarbeitsfirmen arbeiten und in
67 Deutschland in von den Unternehmen vermittelten
68 Wohnungen leben. Vor allem niederländische Firmen
69 verdienen an diesem Geschäft mit Menschen aus Ost-
70 europa. Sie arbeiten für einen geringen Lohn in den Nie-
71 derlanden und müssen hier teuren Wohnraum mieten,
72 der zum Teil nur sehr bedingt geeignet ist und ansons-
73 ten oft kaum zu vermieten ist. Immer wieder kommt
74 es deshalb zu Problemen in den Grenzkommunen. Je-
75 de Kommune muss für sich sehen, wie sie mit diesen
76 Problemen umgeht. Das ist nicht sinnvoll und richtig.
77 Die Kommunen brauchen die Unterstützung des Kreises
78 Kleve sowie die Unterstützung von Land, Bund und Eu-
79 ropa um gegen diese besondere Kombination von Aus-
80 beutung und Geschäftemacherei in den Grenzregionen
81 tätig zu werden.